

LVEF NRW vor Ort

Ennepetal, 6. Juli 2011

Förderverein demonstriert gegen Ausbluten



Zur Demo hatte der Förderverein der Musikschule Ennepetal am 6. Juli fast 200 Schüler, Eltern, Lehrer und Freunde des Instituts mobilisiert. Kurz zuvor hatten den Vorstand der LVEF alarmierende Nachrichten erreicht: Die Musikschule solle auf das JeKi-Programm reduziert werden, alle TVÖD-Kräfte würden abgebaut und durch Honorarkräfte ersetzt, es herrsche bereits jetzt Aufnahmestop für den Kernbereich der Musikschule. Selbst die Leitungsstelle solle ab 2014 nicht mehr besetzt werden. Das ließ aufhorchen, machte die Runde durch Verbände, JeKi-Stiftung und Landesmusikrat.

Der Landesverband der Musikschulen wie auch die LVEF waren vor Ort vertreten, andere Institutionen hatten noch vorab Briefe an den Rat der Stadt geschrieben. Mit großem Elan haben Fördervereinsvorsitzende Sabine Höppke und ihre Mitstreiterinnen die Demonstration im Haus Ennepetal auf die Beine gestellt. Einen flammenden Appell zum Erhalt der Musikschule richtete Isa Thomas an die Mitglieder des Kulturausschusses, überreichte ein Paket mit 700 Unterschriften. Presse und auch das Lokalradio berichteten intensiv.

Offenbar hatte die Politik bereits aufgehört, denn zur anschließenden öffentlichen Sitzung des Ausschusses war auch Bürgermeister Wilhelm Wiggenhagen erschienen. Niemand wollte den Tod

der Musikschule, beeilte der sich gleich, klarzustellen, denn Sarg und Kränze hatten die Demonstranten bereits aufgebaut. Transparente wurden in die Kameras gehalten; laut schallten schräge Töne der mitgebrachten Instrumente durch den Innenhof.

Aufgezeigt wurde, dass bereits einer Geigenlehrerin trotz voller Klasse der Vertrag nicht verlängert wurde. Durch die geplanten Veränderungen, so führte Frau Thomas aus, würden die langjährigen Mitarbeiter in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht. Für Ensemble bliebe kein Raum mehr, der ‚Geist der Musikschule‘, geprägt vom Miteinander, werde in Frage gestellt. „Ohne die Musikschule wird musikalische Bildung wieder zum Privileg von wenigen Begüterten.“

Nicht der GPA-Bericht aus dem Jahr 2008 sei Anlass für die Überlegungen, sondern die Höhe der aktuell erforderlichen kommunalen Zuschüsse, führte der Bürgermeister aus. Die Gemeinde steht unter auferlegtem Haushaltssicherungskonzept und hat die Spielräume durch ein Personalwirtschaftskonzept selbst weiter eingeschränkt. Musikschulleiter Paul Minor, unterstützt von seinem für Schulverwaltung, Sport und Musikschule zuständigen Vorgesetzten, verwehrte sich erfolglos gegen Vorhaltungen, die zu hohe Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen läge in der Verantwortung der Musikschule. Dabei hat der Kulturausschuss selbst vor Jahren eine denkwürdige Gebührenordnung beschlossen, die in 5 sozialen Stufen die Einkünfte der Elternhäuser berücksichtigt, dabei aber noch



in der höchsten Stufe unter dem in den übrigen 8 Städten des Ennepe-Ruhr-Kreises üblichen allgemeinen Beitragssatz liegt. Kein Wunder, wenn es dann knapp wird!



Vieles suchten die Politiker und Verwaltungsvertreter im Ausschuss zu relativieren. Nach im Raum stehender Diskussion mit dem Thema „JeKi oder Musikschule“ bekannten sich alle zum JeKi-Programm. Wie denn auch aussteigen, wenn es eine 5-jährige Bindung für die Instrumentenzuschüsse der Stiftung gibt? Immer mehr JeKi-Kinder sind es geworden, mehr als zuvor im Kernbereich angemeldet waren. Doch die Stadt will dies ohne zusätzliches Personal bewältigen. Durch die Anrechnung von Fahrzeiten der Lehrer von

Schulstandort zu Schulstandort reduzieren sich die Unterrichtszeiten weiter. Ein vor Monaten gefasster Beschluss, keine Mehrarbeit mehr zu genehmigen, bringt weitere Engpässe. Zu einer Empfehlung, einen Teil dieser Mehrarbeit wieder zuzulassen, ließen sich die Ausschussmitglieder letztlich hinreißen.

Selbstverständlich würde die Leitungsstelle nach dem Ausscheiden von Paul Minor wieder besetzt, führte Wiggenhagen aus – nur eben mit einer der anderen Lehrkräfte. Da fehlen dann wieder Unterrichtsstunden, und die Warteliste ist lang. „Wo sollen denn die weiter interessierten JeKi-Kinder Musikunterricht bekommen, wenn sie die Grundschule verlassen?“ Die Frage von Isa Thomas wird abgeblüht mit dem Verweis auf die Aussteigerquote und: Schließlich hatte doch jede Musikschule schon immer eine Warteliste!

Tolle Vorschläge kamen auf. So möchte die stellvertretende Bürgermeisterin Anita Schöneberg den Ensembleunterricht auf die Musikvereine auslagern. Jugendarbeit mit Übungsleitern? Wer zahlt die denn beim Sport? Die Vereinsmitglieder aus ihren Beiträgen? Doch wohl zumeist die Kommunen mit entsprechenden Zuschüssen. Apropos Sport: Bürgermeister Wiggenhagen trat mit der provokanten Frage an den LVEF-Vertreter heran, bei welchen anderen freiwilligen Leistungen er denn die erforderlichen Einsparungen erzielen solle? „Oder sollen wir den Sportvereinen etwa eine Hallennutzungsgebühr abverlangen?“ Nun, warum eigentlich nicht! Aber das wollte er sicher nicht hören. Sportler sind ja viele – und jeder eine Wählerstimme!

Noch eine bestechende Idee hatte Frau Schöneberg: Die Musiklehrer - tendenziell wohl bald nur noch unterbezahlten Honorarkräfte – müssten doch so viel Engagement und Enthusiasmus zeigen, dass sie den Ensembleunterricht ehrenamtlich nach Feierabend erteilen! Da fragt man sich: Warum überhaupt noch Musiklehrer einstellen? Gebt ihnen Hartz IV und lasst sie dafür volle Leistung erbringen! Die Dame gehört übrigens in Ennepetal zur SPD-Opposition.



Eine 14-jährige Geigenschülerin beklagte in der Bürgerfragestunde, warum man ihre Lehrerin entlassen habe, und dies, ohne es den betroffenen Schülern mitzuteilen. Die Mutter ergänzte, sie habe den Unterrichtsvertrag gekündigt, da kein Unterricht mehr stattfand, die Gebühren aber weiter erhoben wurden. Schnell zog Wiggenhagen einen Deal aus dem Hut: Seit einer Woche habe er das Angebot eines Sponsors, eine Geigenlehrer für ein Jahr zu finanzieren. Für manche Schüler wird das zum dritten Lehrerwechsel in kurzer Zeit. „Warum darf dann meine bisherige Lehrerin diese Stelle nicht haben?“, fragt die 14-jährige. Interne Entscheidungskompetenz, würgt die Politik die Frage ab.

Nicht nur sie ist traurig. Musiklehrer sind nun einmal keine beliebig austauschbaren Sachbearbeiter, sondern Bezugspersonen für Kinder und Jugendliche. Aber wen interessiert das schon. Für intensiveren Gedankenaustausch ist in einer Bürgerfragestunde keine Zeit.



Doch dann der Höhepunkt der Veranstaltung:

Wegen des Personalwirtschaftskonzeptes wäre ein solches zusätzliche Beschäftigungsverhältnis ein Systembruch. Die Stadt könne die Lehrkraft auf der Sponsoring-Stelle nicht selbst einstellen. Der Förderverein möge doch bitte ... Wie bitte? Der bezahlt schon die Kosten für den Pizzicato-Klassenunterricht am Reichenbach-Gymnasium, erstattet der Kommune die Personalkosten. Jetzt auch noch eine Personalverwaltung aufbauen? Risiken und Aufwand

übersteigen eindeutig die Möglichkeiten eines Fördervereins. Da kann die Landesvereinigung nur abraten. Doch der Bürgermeister macht Druck: Gespräche bitte gestern, Entscheidung in wenigen Tagen und nach einer Woche schon ein positives Signal an den Hauptausschuss bitte sehr!

„Woher nehmen Sie den Mut, die Neubesetzung auf dem Rücken des Fördervereins auszutragen?“, fragt Isa Thomas den Bürgermeister. Und auf die Frage, wann denn der Dialog von Rat und Verwaltung mit den Musikschulleitern begonnen habe, kontert der: „Jetzt, wir fangen doch gerade damit an!“ Bis Oberkante Felge steckt der Karren im Schlamm. Jetzt soll schnell eine Kommission zur Zukunft der Musikschule gebildet werden. „Wer gehört denn dazu?“ fragt jemand. Bärbel Dautzenberg, Vorsitzende des Kulturausschusses: „Nun, vor allem der Förderverein, dann Musikschule und Verwaltung, und wer immer aus dem Ausschuss mitwirken möchte.“ Zumindest erklärt sie sich selbst bereit dazu.

Martin Schreckenschläger